

**Pressezensur! Die Arbeiterstimme mit Verbot bedroht! Werbt für eure Presse!**



**Einzelnummer 10 Pfennig**  
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

**Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen**

**Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter**

**Preisgegenpreis: 10 Pfennig, für neunmal gesparte Tageszeitungen oder deren  
Kauf 25 Pf., für Zeitungsschriften 20 Pf., für die Rundschau (ausführlich  
an dem dreißigsten Tag einer Tageszeitung) 100 Pf. Die Arbeiterstimme ver-  
wendet den 9. Mai an in der U-Bahn Dresden-M. 1. Güterbahnhofstrasse 2.**

**Verlagspreis: Bei Kauf monatlich 2,50 RM (zulässig im verdeckt, durch  
die Post 2,20 RM ohne Aufschluss). "Die Arbeiterstimme" erhebt das  
Recht, es darf nur gegen eine Abrechnung mit dem Betrieb oder dem Gewerbe aus-  
gestellt und Verleihung der Zeitung oder auf Ausstellung des Belegsatzes**

**Berlin: Dresden Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-U. Schildmühle und  
Bautzen: Güterbahnhofstr. 2, Berlin 1720. Polizeidienst: Dresden 28 100.  
Sprechzahlen: Montags 16-18 Uhr, eigene Sprechzahlen, Mittwochs 11-15 Uhr  
Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags 18-19 Uhr jüngliche Gewerkschaften.**

**6. Jahrgang**

**Dresden, Donnerstag den 15. Mai 1930**

**Nummer 112**

# Waffengewalt statt Hygiene

**Alsozialist Kühn verhängt Belagerungszustand über Dresden — Droht mit Verbot der Arbeiterstimme — Will verhindern, daß Proletariat am 17. Mai aufmarschiert — Audi SPD-Demonstration unter Verbot — Massensturm in Betrieb und Stempelstelle muß die Antwort sein!**

Dresden, den 15. Mai.  
Die Urlo (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen), die gemeinsam mit der Kommunistischen Partei in Sonnenberg dem 17. Mai, 18 Uhr, auf dem Halbeiplatz zu einer Massendemonstration gegen den Hungerstreik der Bourgeoisie aufgerufen hatte, erhielt gestern nachstehende amtliche Zuschrift des Dresdner Polizeipräsidiums:

"Hierdurch wird Ihnen zur Kenntnis gebracht, daß das Polizeipräsidium laut amtlicher Bekanntmachung vom heutigen Tage auf Grund des Artikels 23 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Zeit vom 15. bis 18. Mai d. J. alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für das Gebiet der Stadt Dresden verboten hat.

Zur Begründung dieses Verbotes wird Ihnen folgendes mitgeteilt: Die heilige "Arbeiterstimme", Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale, Bezirk Sachsen, ruft in außerordentlich aufwiegelnder Schreibweise in den Nummern 87 vom 12. April, 107 vom 9. Mai, 108 vom 10. Mai, 109 vom 12. Mai, 110 vom 13. Mai d. J. für den 17. Mai d. J. den Tag der Eröffnung der Internationalen Hygieneausstellung zu einer sogenannten Elendsdemonstration auf. Des weiteren hat, wie dem Polizeipräsidium bekanntgeworden ist, am 25. April d. J. in einer Versammlung der sogenannten Abo in Chemnitz der Rektor Hans Neuhof aus Dresden dafür geworben, daß sich an dieser Elendsdemonstration auch die Krüppel und Invaliden aus Chemnitz beteiligen, was die Annahme rechtfertigt, daß zu der drohenden Demonstration, nämlich wie am 13. März d. J. von der Kommunistischen Partei Deutschlands auch aus anderen Vororten Demonstranten nach Dresden gezogen werden sollen.

Mit Rücksicht auf die in Zusammenhang mit der Gründung des Hygiemuseums und der Internationalen Hygieneausstellung in diesen Tagen hier stattfindenden Veranstaltungen hoffen diese "Elendsdemonstration" wie etwa andere von kommunistischer oder ihr nahestehender Seite verankerte Demonstrationen unter freiem Himmel bei der ganzen Einstellung der Kommunistischen Partei und anderer Parteien die Erfahrungen, die in den letzten Monaten hier und anderswo gemacht worden sind, eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Das Polizeipräsidium macht noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine etwaige Auflösung in der Presse bzw. gegen dieses Verbot zu verstehen, sich als eine nach den Paragraphen 110 bzw. 111 des Reichsstrafgesetzes strafbare Handlung darstellt, und daß es jedem Versuch, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen, gegebenfalls mit Waffengewalt entgegentreten wird.

Polizeipräsidium.  
ges.: Kühn."

Über 60 000 Erwerbslose gibt es in Dresden. Ein Drittel der Erwerbslosigkeit der sächsischen Hauptstadt lebt hungernd und darf von den Bettelpfennigen der amtlichen "Fürsorge". Die betriebsfähigen Arbeiter und Arbeitnehmer schaffen unter Hungertönen. Die Opfer des Krieges und der Rüstung müssen betteln gehen, das Wohnungs-, das Kinderleben ist zum Rang einer sozialen Katastrophe erhoben. Der neue Star der Stadt Dresden möglicherweise ein "links" sozialdemokratisches Regenten verantwortlich ist, bringt neue Massenbelastungen, weitere Not, weiteres Elend. Mit dem Verbot der sächsischen Metallindustriellen auf Lohnabbau verbündet sich die Offensive des Brünings-Kabinets auf weitere Närzung der Erwerbslosenbrüder.

Massenelend statt Hygiene, Hunger und Not statt menschenwürdiges Dasein!

In dieser Zeit der qualvollestes sozialer Not veranstaltet die Bourgeoisie in Dresden eine Internationale Hygieneausstellung.

"Hygiene" mit 150 Ausstellern für die Sitten und Reichen!

"Hygiene" für die Zugeständnisse der Kapitalisten! "Hygiene" für die Röklame und der 30 Farben, der Großkapitalistischen Konzerne,

"Hygiene" als Attrappe, als Potentielles Dorf, Hygiene, um hinter einer lächerlichen Fassade das Elend der werktätigen Massen zu verborgen. Eine freie soziale Lage der herrschenden Klasse ist die ihr folgsame, auf Kosten der werktätigen Steuerzahler organisierte internationale "Hygiene" par excellence.

Gegen diesen Schwindel hatte die Kommunistische Partei und die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen zur Protestdemonstration aufgerufen. Diese "Elendsdemonstration" sollte keine Beispieldemonstration, sondern protest-

**Alarmierende Nachricht für die Erwerbslosen!**

**Bürgerblöd will Unterstützung um weitere 335 Millionen abauen**

Berlin, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)  
Gestern hat Siegerwald, der christliche Arbeitsminister, im Haushaltsausschuss des Reichstages seine neuen handlichen Anschläge auf die Erwerbslosenunterstützung entblößt. Heute werden weitere Einzelheiten der Pläne bekannt, die die Reichsminister für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorstellt. Es soll ein einmaliger Zehntelbetrag von 335 Millionen Mark ausgeglichen werden, d. h. so hoch wird der Abbau werden. 260 Millionen Mark sollen wie folgt eingespart werden:

Für die oberen fünf Vohnklassen der Hauptunterstützungsumpläne soll die Unterstützung auf die Höhe der Krisenjahrzuge gehalten werden. Alle Erwerbslose mit fester Arbeitsaufbauplan, nor allem für sämtliche Saisonberufe wird eine Sonderregelung getroffen. Sie sollen aus der Versicherung überhaupt herauskommen. Jeder wird die Unterstüzung allgemein auf Erwerbslose im Alter von 17 bis 65 Jahren begrenzt. Für Ehegatten, die beide berufstätig sind, wird die Unterstüzung gelenkt. Gegen geringen Lohn Verdächtige sollen "versicherungsfrei" sein, sie sollen aus der Versicherung herausfallen. Nach vorhergehenden Bezug von Renteunterstützung wird die Dauer des Beugs der Arbeitslosenunterstützung herabgelegt, und zum Schlus werden alle Beiträge auf 4 Prozent erhöht.

tatliche Kampagne, Kundgebung für die Lebensforderungen des Proletariats, gegen den reaktionären Bürgerstaat, gegen Sozialstaat und Wohnungswandel, für Arbeit und Brod, für höheren Lohn und Belebung des proletarischen Kindertums, für ausreichende Unterstüzung der Opfer des kapitalistischen Krieges und der kapitalistischen Atom. Dafür ziehen wir auf, am 17. Mai, am Tage der Ausstellungseröffnung, zu Tausenden zu demonstrieren.

Die Antwort ist prompt erfolgt. Statt Hygiene Waffengewalt, statt Recht auf Meinungsausübung drohendes Presseverbot, statt Brod der hungrenden Massen Polizei-Schnüppel und Kugel. Das ist die Antwort der kapitalistischen Republik und ihrer Polizeigarde an die hungrenden Massen. So wie der Altkonservatist Kühn, animierte Oberkontraktor des "links" sozialdemokratischen Fleißer den hungrenden Jungarbeitern...

Über den Belagerungszustand soll nicht nur die Elendsdemonstration am 17. Mai treffen, er besicht sich auch auf die sozialdemokratische Frauendemonstration am 18. Mai. Der Rechtssozialdemokrat Kühn folgt seinem "links" Kollegen Fleißer in der Terrorisierung selbst sozialdemokratischer Arbeiterdemonstrationen. Wir erwarten selbstverständlich, genau wie in Leipzig, daß die SPD-Führer sich der Polizeimacht unterwerfen werden. Sehen Sie doch in ihr ein willkommenes Mittel, den proletarischen Massenprotest gegen den Dresdner Hungerrotel ihres Parteidogenen Büches zu schwächen". Aber werden die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen schweigen? Werden sie die Methoden eines faiditlichen Diktaturregimes im Namen der Demokratie ohne Widerstand, ohne Protestierung mit den kommunistischen Arbeitern und Arbeitern hinnnehmen?

Mit Waffengewalt gegen die Elendsdemonstration am 17. Mai? So also soll verhindert werden, daß die Kriegskrüppel, daß die hungrenden Frauen und die ausgebücherten Arbeiter ihr Elend hinausziehen, daß die Festfreien der Bourgeoisie ungehindert durch den Straßenlärm des "Bübels" vorstossen können?

Glaubt Herr Kühn, mit den Mitteln des Belagerungszustandes das Klassenbewußtsein und den Hunger der empöierten Massen unterdrücken zu können? Hofft er erfolgreichster zu sein, als seine Kollegen Jörger und Fleißer?

Massenprotest in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Stempelstellen, den proletarischen Organisationen muß die Antwort sein. Tausendfach muß der Ruf erschallen: Kort mit dem Säuselimmobilien zur Macht...

# Demonstration trotz Polizeiverbot

**Winzersturm in Germersheim / Mit Karabinern gegen Kleinbauern / Arbeiter, schließt das Bündnis zwischen Stadt und Land / Roter Landsonntag am 15. Mai!**

Am Dienstag, 13. Mai, demonstrierten in Germersheim 3000 kleine Winzer gegen die bürgerliche Regierung, durch welche sie seit Jahren unterdrückt werden.

Die kleinen Bauern erhielten in den letzten Tagen Mollen von Strafbefehlen, weil sie eine amerikanische Rebe anbauen. Germersheim gilt einem Heerlager und ein Demonstrationsverbot wurde unter dem Massenandruck eingehänscht werden. Die mit Karabinern bewaffnete Polizei wurde durchdrungen, und die Befreiung der Bauern auf die Sillen der Reichsregierung durch Vorsitzender Schäfer und drittlich-konservative Bauernbefürger wurde vor einem erheblichen Teil der Bauern leicht zurückgewiesen. Ein Teil der Bauern will das Ergebnis schwärmen. Die kleinen Bauern treten auf den Plan und die Arbeiter müssen mit ihren ersten Erfahrungen die Bauern im Kampf um ihre Interessen gegen die verlogene Führung im Landbund und die Bauernbürgertum von der Grünen Front unterstützen.

Am Sonntag ist Roter Landsonntag, da gilt es das Kampf-  
bündnis der Dorfpartei mit dem lassenden bewegten Industrie-  
proletariat gegen die Herrlichkeit der Ausbeuter zu festigen.

## Erste Sowjetmacht in Indien

Die Arbeiter und Bauern trocken der Waffengewalt

Bomben, den 15. Mai.

Trotz Verbot und Belagerungszustand unternahmen 200 Jäger einen Sturm auf das Salzdepot Scholapur. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Eine Reihe der in den letzten Tagen vorhalteten Jäger sind in den Hungertiegel getreten.

Bomben, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)  
Nach Meldungen aus Scholapur haben die Aufständischen in der Stadt die anglo-indischen Behörden abgelegt und eine Sowjetregierung gebildet. Die Organe in der Regierung wurden in einer Delegiertenversammlung von Arbeitern und Bauern, Intellektuellen und Soldaten gewählt. Die revolutionäre Regierung hat eine Truppe aus bewaffneten Arbeitern gebildet. Die offizielle Polizei wurde entmachtet.

Zwischenzeitlich wurde die Stadt von den englischen Truppen besetzt. Das Stadtrecht wird mit rücksichtloser Schärfe durchgeführt. Alle Straßenkreuzungen und ähnlichen Gebäude sind von starken Polen mit Maschinengewehren besetzt. Jeder Mensch, der die Straße betritt, wird ohne Warnung niedergeschossen.

Der Aufstand in Scholapur ist das bedeutendste Ereignis der indischen Revolution. Scholapur ist eine reine Arbeitersiedlung. Die Tegilarbeiter sind in ihrer großen Mehrheit im revolutionären Tegilarbeiterverband organisiert. Nach einem heldenhaften Kampf haben die Tegilarbeiter von Scholapur die Soldaten von Macdonalds in die Stadt geschlagen und die Stadt in ihre Gewalt gebracht. Sie haben zum ersten Male in der Geschichte der indischen Revolution eine Sowjet-

regierung gebildet. Die Sowjetregierung von Scholapur nimmt das historische Ziel der indischen Revolution vorweg. Das Beispiel von Scholapur wird den revolutionären Kampf der werktätigen Massen in Indien gewaltig belligen. Und in begrenzten Kreisen den Helden von Scholapur.